

Kulturförderung ist eine Investition in die Zukunft!

Monika Griefahn

Kultur in allen ihren Ausprägungen und Wirkungen wird zwar immer und allerorts als unverzichtbar und wertvoll bezeichnet. Diese Auffassung trifft sicher bei denjenigen, die als Künstler oder Kulturschaffende arbeiten, auf breite Zustimmung. Auch unter den Kulturpolitikern selber ist dies kein Streitpunkt. Es bleibt aber die Frage, wie Kultur und Kulturpolitik als Politikfeld betrachtet werden. Man kann sich dieser Frage über das Finanzielle nähern. Im Gegensatz zu investiven Ausgaben des Bundes wie beispielsweise Straßenbau werden Ausgaben für die Kultur in der Regel immer noch haushalterisch als konsumtiv betrachtet. Dies zeigt, dass Kultur als etwas Verbrauchbares, Kurzfristiges gesehen wird, das zum Konsum geeignet ist und nicht für mittel- oder langfristige gesellschaftliche Wirkungen geeignet scheint. Besonders deutlich wurde dies jüngst in den Diskussionen über das Koch-Steinbrück-Papier und die Auswärtige Kulturpolitik, die befremdlicherweise nicht vom Subventionsbegriff ausgenommen war.

Die Schaffung oder Unterstützung kultureller Infrastrukturen und kulturpolitischer Regelungen ist aber per se eine Investition in



die Zukunft, mehr noch als Strassen (die sich im Übrigen auch abnutzen). Gerade in einer global agierenden Businesswelt dienen Kultur und Bildung als Rückhalt und Wurzeln für Identität von Menschen, die Sprache als Motor der Verständigung, ja als Übersetzerin kultureller Hintergründe. (Nicht umsonst heißen im Französischen die Dolmetscher »Interprète«. Übersetzer müssen kulturelle Gegebenheiten der Worte mit berücksichtigen). Kulturelle und künstlerische Ausdrucksformen sind Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Erscheinungen und spiegeln Identitäten und kulturelle Diversität wider. Der Erhalt der kulturellen Vielfalt auf europäischer, aber auch internationaler Ebene ist unabdingbar für den Erhalt des gesellschaftlichen Friedens und der Verständigung mit anderen Völkern. Damit wird deutlich, dass Investitionen in Kultur langfristig wirken und eine gesellschaftliche und sogar konfliktpräventive Funktion haben können, genauso wie Investitionen in Sozialsysteme oder eben Verkehrsinfrastrukturen. Kultur und kulturelle Produkte sind für die Menschen genauso wichtig wie die Alterssicherung oder Autobahnen. Ausgaben für Kultur sind deshalb eine Investition

in die Zukunft und in unsere gesellschaftlichen und politischen Grundlagen. Sie als kurzfristig und als Subvention zu betrachten, wäre kurzfristig. Niemand käme z.B. auf die Idee, eine Botschaft als Ort der Subvention zu betrachten, ein Goethe-Institut wird es aber gemäß Koch-Steinbrück, obwohl es auch eine Botschaft (und zwar eine kulturelle) mit lediglich anderer Rechtsform ist.

Die GATS-Verhandlungen im Jahre 2003 haben ein anderes Konfliktpotenzial aufgezeigt, sichtbar in den Debatten über die Schädlichkeit des liberalisierten Dienstleistungshandels mit Bildung, Kultur und audiovisuellen Medien. Und ich fürchte, diese Konflikte sind noch nicht ausgeräumt, auch wenn die EU zunächst keine Verhandlungsangebote im Bereich der Kultur, der audiovisuellen Medien und der Bildung gemacht hat. Für die Zukunft bin ich da skeptisch, denn schon in den kommenden Runden der WTO steht alles wieder zur Disposition, weil wir uns mit der Unterzeichnung des GATS-Vertrages verpflichtet haben, horizontal über alle Bereiche zu verhandeln mit dem Ziel einer Liberalisierung. Das kann auch dazu führen, dass Subventionsansprüche ausländischer Anbieter erzwungen werden können.

Was würde es beispielsweise für die ARD bedeuten, wenn der Bereich der audiovisuellen Medien vielleicht doch irgendwann liberalisiert würde? Die Zulässigkeit unserer Rundfunkgebühren würde dann von WTO-Regeln bestimmt und ein Expertenpanel der WTO aus drei Handelsexperten würde, wenn sich ein anderer Staat über uns beschwert, darüber befinden, ob unsere Gebühren internationalem Handelsrecht entsprechen oder nicht. Wird ein Verstoß festgestellt und wir bestehen aber auf unseren Gebühren, so kann der Beschwerdeführer gegen uns Handelsstrafmaßnahmen, und zwar in jedem Bereich, verhängen! Das muss man sich mal lebhaft vor Augen halten. Was mit der Deutschen Welle passieren würde, die ja direkt vom Staat finanziert, also subventioniert wird, wage ich mir gar nicht auszumalen! Auch hier zeigt sich, was passiert, wenn Kultur und Bildung unter den Subventionsbegriff gerechnet werden. Nochmals: Kulturelle und mediale Ausgaben sind Investitionen in die Zukunft. Kultur ist ein Lebensmittel. Ohne Kultur veröden wir!

Anzeige



Was bleibt? Kulturpolitik in persönlicher Bilanz

Herausgegeben von Oliver Scheytt unter Mitarbeit von Michael Zimmermann • 319 Seiten • 18 Euro • Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Edition Umbruch 16) • ISBN 3-89861-053-5

Zweieinhalb Jahrzehnte »Neue Kulturpolitik« bieten Anlass zum konzeptuellen Austausch zwischen führenden bundesdeutschen Kulturpolitikerinnen und -politikern. Zurückblickend und zukunftsbezogen, praxisorientiert und theoriegeleitet erörtern sie in den 33 Beiträgen dieses Buches, in welchen Punkten sie der kulturpolitische Aufbruch der siebziger Jahre

beflügelt hat, wo sie ihm kritisch gegenüber stehen, in welche Richtung sie sich neue Impulse erhoffen und mit welchen Paradigmen und Konzepten sie heute ihre Arbeit fundieren.

In den Beiträgen renommierter Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker werden diese Fragen in fünf Kapiteln diskutiert: **Rückblicke:** Neue Kulturpolitik – eine Bilanz zwischen den Zeiten; **Qualitäten:** Kulturpolitik zwischen alten Strukturen und neuen Leitbildern; **Netzwerke:** Kultur zwischen öffentlichem Auftrag, Bürgergesellschaft und Markt; **Transformationen:** Kulturpolitik in Berlin und in den neuen Bundesländern; **Entwürfe:** Erörterungen einer künftigen Kulturpolitik

Autorinnen und Autoren sind u.a.: Hermann Glaser, Jürgen Kolbe, Siegfried Hummel, Heinz Theodor Jüchter, Helga Schuchardt, Olaf Schwencke, H. Peter Rose, Christina Weiss, Jochem von Uslar, Hans-Bernhard Nordhoff, Georg Leipold, Jürgen Grabbe, Bernd Meyer, Dieter Sauberzweig, Iris Magdowski, Albrecht Göschel, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff und Hilmar Hoffmann.